



Niederschrift

12. Plenarsitzung des Gemeinderates
21. Juli 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Gartenhalle, Kongresszentrum
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

31.

Punkt 46 der Tagesordnung: Mitteilungen des Bürgermeisteramtes

Beschluss:

Kenntnisnahme

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 46 auf:

Ich hatte Ihnen zugesagt, dass ich kurz berichte, was beim Verwaltungsrat des Staatstheaters als Ergebnis zustande gekommen ist.

Ich darf aus dem Verwaltungsrat berichten, dass es von keinem einzigen Verwaltungsratsmitglied die Forderung gab, sich vom Generalintendanten zu trennen, dass es eine sehr kritische Grundeinstellung zum Klima des Hauses und auch zur Führungsqualität des Generalintendanten gibt, dass es auch eine intensive Diskussion gab, wieviel Zeit man sich für diese einzelnen Verbesserung vorstellen kann. Dann gab es einen Katalog von Maßnahmen, die jetzt recht zügig ergriffen werden sollen.

Das eine ist, dass es eine Zielvereinbarung geben muss mit Herrn Spuhler, wo er auch konkret Zusagen macht, wie er sich zukünftig committen will auf verschiedene Führungsqualitäten. Das ist dann auch eine Fragestellung, inwieweit ist das überprüfbar. Da muss man sich verständigen.

Es gibt eine schon erarbeitete Klärung der zukünftigen Rollen zwischen dem kaufmännischen Direktor, den es früher so nicht gab, und dem Generalintendanten. Das muss jetzt noch in einer Art Geschäftsordnung und einem Betriebsstatut endgültig festgemauert werden.

Als nächsten Schritt, das war schon vorgesehen, geht es dann darum, wie die Kompetenzen und die Zuständigkeiten zwischen dem Generalintendanten und den Spartenleiterinnen und Spartenleitern vereinbart werden. Darin sehe ich auch, was die aktuelle Kritik am Generalintendanten-

ten betrifft, ein ganz wichtiges Instrument, weil es ganz wichtig ist, dass der Generalintendant sich nicht als der Hauptverantwortliche für jede Kleinigkeit bei dem, was die Spartenleitungen dann wie umsetzen, empfinden darf, sondern sich ein Stück weit auf seine eigentlichen Kernaufgaben zurückziehen sollte.

Da es auch um sexuelle Übergriffe geht, die jetzt nicht den Generalintendanten bisher betreffen, sondern einen anderen leitenden Mitarbeiter, der seither freigestellt ist, das wird sich im Laufe der Woche klären, wie man mit ihm weiter verfahren wird, war es der Ministerin wichtig, dem Haus einen Vertrauensanwalt anzubieten. Ein ähnlicher Vertrauensanwalt soll sowieso für die Hochschulen schon eingerichtet werden. Der soll dann auch eine Zuständigkeit bekommen für die Kultureinrichtungen, also für das Württembergische Staatstheater wie auch für das Badische Staatstheater. Ein Vertrauensanwalt, der auf Kosten des Landes denen zur Verfügung steht, die mit solchen Übergriffen konfrontiert sind und eine Anlaufstelle brauchen, die sie neutral berät. Es gab darüber hinaus eine Forderung, dass es eine Art Vertrauensperson gibt, die im Theater selber installiert ist und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Ansprechperson zur Verfügung steht. Das müssen wir mit dem Personalrat weiter klären. Denn eigentlich gibt es dort Beschwerdestellen. Alle diese Installationen, die Sie kennen, gibt es dort. Ich habe aus einem anderen Gespräch mit dem Personalrat eher die Rückmeldung bekommen, wir brauchen so eine Vertrauensperson nicht, denn die Betroffenen kommen sowieso zu uns als Personalrat. Wenn nicht, hätten sie dann schon eine entsprechende Anlaufstelle im Haus. Hier ist die Meinung im Verwaltungsrat, dass es so eine Vertrauensperson eventuell von extern beauftragt und unabhängig von der Weisungsbefugnis brauchen sollte, im Moment nicht übereinstimmend mit dem, wie ich bisher den Personalrat erlebt habe. Das muss man noch einmal miteinander ausarbeiten.

Die Klärung der Zuständigkeiten mit den Spartenleitungen hat auch etwas damit zu tun, dass man sich die Frage stellt, wieviel Macht kann der Generalintendant den Spartenleitungen übertragen. Das muss noch einmal ausgehandelt werden. Da ist die Frage, inwieweit ist das Generalintendantenmodell damit schrittweise weiterentwickelt oder auch nicht. Die Zuständigkeit, die jetzt Herr Graf-Hauber als kaufmännischer Direktor bekommen hat, ist erst einmal von der Person Spuhler unabhängig. Die ist schon eine Weiterentwicklung des Generalintendantenmodells. Denn früher hatte der Verwaltungsdirektor überhaupt keine eigenen Kompetenzen im Haus. Das ist jetzt schon ein Stück weit verändert durch den kaufmännischen Direktor, so wie er dort eingeführt wurde.

Die Ministerin hat darüber hinaus angekündigt, dass es landesweit Veranstaltungen geben wird, zu denen auch der Kritiker dieses Generalintendantenmodells, ein Herr Schmidt, der darüber auch ein Buch geschrieben und eine entsprechende Untersuchung durchgeführt hat, einbezogen werden soll. Wie sieht das Theater der Zukunft aus? Welche Führungsmodelle gibt es? Was hat sich bewährt, was hat sich nicht bewährt? Dazu wird es im Land Veranstaltungen geben. Da wird natürlich auch das Badische Staatstheater daran beteiligt. Das ist aber kein Thema, das am Ende nur auf das Badische Staatstheater bezogen bleibt, sondern das hat etwas mit der Zukunftsausrichtung von Theatern insgesamt zu tun.

Dann gibt es noch die klare Ansage, dass wir möglichst schnell eine fundierte Mitarbeiterumfrage aufsetzen, möglichst noch im Herbst. Die, die in den Aufsichtsratsgremien der Verkehrsbetriebe sind, kennen das. Dort wird alle zwei Jahre eine Mitarbeiterumfrage durchgeführt, die vom Gesamtbetriebsrat und von der Leitung gemeinsam entwickelt und auch akzeptiert wird,

die dann aber nicht nur irgendetwas misst, sondern die auch anschließend eine Konzeption beinhaltet, wie man die dort festgestellten Problemsituationen lösen kann. Wir haben auch die Zielvereinbarungen der Geschäftsführung bei den Verkehrsbetrieben daran geknüpft, dass diese Mitarbeiterumfrage regelmäßig stattfindet, und dass man sich dann auch mit den entsprechenden Ergebnissen auseinandersetzt. Das wird in den Aufsichtsratsgremien immer vorgestellt. Ich hatte übrigens dem Personalrat und dem Haus vor zwei Jahren schon einmal eine solche Mitarbeiterumfrage angeboten, auch im Verwaltungsrat. Dieser Ball ist vom Personalrat bisher nicht aufgegriffen worden, weil man an der seinerzeit durchgeführten Mitarbeiterumfrage festgehalten hat, die aber aus Sicht der Träger konzeptionelle Mängel hatte und deswegen aus unserer Sicht keine gute Grundlage für einen solchen kontinuierlichen Prozess hätte bieten können.

Das ist jetzt in wenigen dünnen Worten der Maßnahmenkatalog, den wir im Verwaltungsrat zusammengestellt haben. Wir hatten gestern Abend schon eine Gesprächsrunde mit dem Ministerium, mit der Theaterleitung. Von unserer Seite war noch Herr Bürgermeister Dr. Käuflein dabei und auch Frau Dr. Asche. Wir haben jetzt unter uns Trägern noch einmal die Aufgaben aufgeteilt, wer betreute welche dieser Maßnahmen, wer hält in welcher Regelmäßigkeit Kontakt mit den einzelnen Gruppen im Theater. Herr Dr. Käuflein hat die Aufgabe übernommen, wir teilen uns etwas die Termine, aber er hat das Gros, dass wir uns noch einmal mit allen Spartenleitungen und auch mit allen besonderen Abteilungen im Haus – es gibt über die Sparten hinaus noch eine technische Abteilung usw. – eine Rückmeldung holen. Das Ganze sollte bis Oktober/November spätestens abgeschlossen sein. Wir wollen noch einmal einen Überblick bekommen, wie sehen denn die einzelnen Führungsverantwortlichen in der zweiten und dritten Reihe die aktuelle Situation. Mit den klassischen Spartenleitungen hatten wir im Vorfeld der Verwaltungsratssitzung schon gesprochen. Aber es gibt am Ende 15 bis 20 Führungspersonen auf der zweiten und dritten Reihe. Ein Prozess macht nur Sinn, wenn am Ende die Führungspersonen mitziehen und versuchen, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einen solchen Prozess miteinzubeziehen.

Ich werde immer wieder gefragt, ist denn nicht der Generalintendant ein Intendant auf Abruf. Ich habe heute in der Presse gesagt, dass es für mich eher eine Art Bewährung ist. Ich rede auch nicht über ein Jahr, sondern ich glaube, wir sollten – so haben wir es auch vereinbart – in jedem Verwaltungsrat darüber reden, was ist passiert in der Zwischenzeit. Sind wir auf dem richtigen Weg oder sind wir nicht auf dem richtigen Weg? Für mich persönlich hängt mein Vertrauen in die Zukunft ganz viel davon ab, ob es dem Generalintendanten gelingt, den Rollenwechsel hinzubekommen, dass er sich im Grunde aus Verantwortlichkeiten vertrauensvoll heraushält, die eigentlich in der Umsetzung Aufgabe der Spartenleitungen, des technischen Dienstes usw. sind und nicht meint, sich um jedes Detail abschließend kümmern zu müssen.

Es gibt auch noch Maßnahmen, die die Zusammenarbeit mit dem Personalrat intensivieren sollen. Es ist Teil der Vereinbarung, dass es mindestens einmal im Jahr ein Gespräch mit den beiden Verwaltungsratsvorsitzenden und dem kompletten Personalrat gibt. Ein erstes Gespräch soll schon im Oktober stattfinden. Wir hatten ein solches Gespräch vorletzte Woche. Gleich eine Woche nach dem offenen Brief hatten die Ministerin und ich ein vertrauliches Gespräch mit dem Gesamtpersonalrat. Wir waren am letzten Freitag auf zwei Personalversammlungen. Es gab eine ganze Reihe von persönlichen Gesprächen während dieser Zeit. Das noch einmal zur Dokumentation, dass wir nicht bis zum Verwaltungsrat zugewartet haben, sondern schon versucht haben, uns vorher ein Bild über die ganze Chose zu verschaffen. Ich habe auf den Perso-

nalversammlungen auch erklärt, wenn die Vorwürfe, die für mich erst durch den offenen Brief in dieser Konkretisierung bekannt wurden, in dieser Deutlichkeit und in dieser Zuspitzung vor der Verlängerung von Herrn Spuhler bekannt geworden wären, bin ich sicher, hätten wir im Verwaltungsrat seine Verlängerung nicht beschlossen oder die Verlängerung mit erheblichen Auflagen verbunden. Das ist aber seinerzeit so nicht eingebracht worden. Der Personalrat ist mit einer beratenden Stimme immer im Verwaltungsrat vertreten und hat diese Vorwürfe, die er jetzt im offenen Brief erhoben hat, bisher so nicht im Verwaltungsrat formuliert und auch in anderen Gesprächen nicht. Was im Übrigen dort auch zugegeben wird. Wir haben als Idee aus dem Personalrat aufgenommen, dass der Personalrat zukünftig mit zwei beratenden Mitgliedern im Verwaltungsrat vertreten ist - wenn es zu einem Thema den Wunsch gäbe, auch einmal zu dritt zu kommen, hätten wir damit auch kein Problem -, und dass der Personalrat dezidiert in der Tagesordnung einen Punkt bekommt, wo er aus dem Staatstheater berichtet. Die Personalratsvorsitzende hätte bisher im Verwaltungsrat zu jedem Punkt auch immer Rederecht gehabt. Aber es war der Wunsch, dass wir es noch einmal ausdrücklich in der Tagesordnung verankern, damit es auch noch einmal klarer wird, dass ein solcher Bericht aus dem Haus von Seiten des Personalrates gewünscht ist.

Das sind jetzt die Punkte, die wir miteinander vereinbar haben. Das einfach als Mitteilungen aus dem Verwaltungsrat. Wir hatten gesagt, wenn es dazu noch Fragen oder auch vertiefte Diskussionsbeiträge gibt, machen wir das nachher im nichtöffentlichen Teil. Ich wollte Ihnen jetzt nur aus meiner Sicht das Ergebnis aus dem Verwaltungsrat zu Gehör bringen. Wir haben auch gestern mit dem Ministerium besprochen, dass wir das noch einmal verschriftlichen, und dass es dann auf den diversen Homepages zu finden ist, damit auch die, die sich für die Geschichte interessieren, jetzt nicht nur aus der Zeitung von diesen Ergebnissen lesen, sondern das noch einmal sauber formuliert aufgelistet bekommen, weil das bisher noch nirgends zugänglich ist. Das will das Ministerium im Laufe dieser Woche zusammenstellen aus den Protokollen. Das würden wir dann auch auf die entsprechenden Seiten stellen beim Staatstheater, bei den Trägern, so dass jeder den Zugriff auf diese Maßnahmen hat.

Das jetzt an Information von mir.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich möchte absolut keine Diskussion. Unsere Abstimmung war einstimmig. Ich wollte nur ergänzen, weil Sie gesagt haben, niemand hat über die Auflösung des Vertrags von Herrn Spuhler gesprochen, dass ich zu Protokoll gegeben habe, falls in einem Jahr das Vertrauen nicht wieder etabliert ist, dann will ich in den Verwaltungsrat eine Auflösung des Vertrags einbringen. Das wollte ich nur ergänzen. Das war deutlich gesagt und steht im Protokoll.

Der Vorsitzende: Meine Aussage bezog sich darauf, dass niemand im Verwaltungsrat jetzt die Auflösung gefordert hat. Der Begriff Bewährung ist eine relativ klare Formulierung.

Dann würden wir jetzt abschließen und in die nichtöffentliche Sitzung eintreten.

Schluss der öffentlichen Sitzung: 22:03 Uhr

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
14. August 2020